

## Protokoll

der öffentlichen Sitzung (Nr. 35/15-19) des Beirates Neustadt

am Donnerstag, den 19. April 2018,

in der Mensa der Oberschule Leibnizplatz, Schulstraße 24, 28199 Bremen

Beginn der Sitzung: 19.00 Uhr

Ende der Sitzung: 22:20 Uhr

### Anwesend:

Gunnar Christiansen  
Michal Fuchs  
Jürgen Hauschild  
Ulrike Heuer  
Irmtraud Konrad

Wolfgang Meyer  
Stefanie Möller  
Ingo Mose  
Janne Müller  
Rainer Müller

Jens Oppermann (ab 19:20 Uhr)  
Johannes Osterkamp  
Cornelia Rohbeck  
Wolfgang Schnecking

**Fehlend:** Torsten Dähn (e), Anke Maurer

**Referent\_innen/Gäste:** Fr. Mohammadi, Fr. Pöser (beide Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit/LfDI, zu Top 2); Fr. Jäckel (Amt für Straßen und Verkehr/ ASV), Hr. Osigus (HBI Hiller + Begemann Ingenieure, beide zu Top 3); Hr. Bitjer (M+O Ingenieurgesellschaft), Fr. Bryson (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr/ SUBV), Hr. Hartmann (hanseWasser), Hr. Schierloh (Projektgesellschaft Werdersee, alle zu Top 4); Hr. Lecke-Lopatta (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr/SUBV, zu Top 5); Vertreter\_innen des Kulturbeutel e.V., der Polizei, der Presse und interessierte Bürger\_innen

**Vorsitz:** Annemarie Czichon

**Protokoll:** Simon Ott-Oghide (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

### TOP 1 – Genehmigung der Tagesordnung

Es wird vorgeschlagen, den Top „Änderung der Geschäftsordnung“ auf die nächste Beiratssitzung zu vertagen. Dieser Vorschlag wird abgelehnt. (5 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen)

Im Anschluss wird über den Vorschlag abgestimmt, diesen Top vorzuziehen (→ Top 3). Dieser Vorschlag wird ebenfalls abgelehnt. (5 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen)

Es wird schließlich darüber abgestimmt, den Top Aktuelle Stadtteilangelegenheiten an den Schluss der Sitzung (→ Top 6) zu verschieben.

**Dieser Antrag wird angenommen.** (6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird mit der beschlossenen Änderung genehmigt. (8 Ja-, 4 Nein-Stimmen)

### TOP 2 – Öffentliche oder nichtöffentliche Beiratsbefassung? Klärung datenschutzrechtlicher Fragen

Die Vertreterinnen des LfDI erläutern ihre schriftlich vorgelegten Antworten auf die Fragen des Beirats (siehe Anlage zum Beiratsprotokoll 15.03.2018). Sie verweisen darauf, dass sich Änderungen am derzeit in Überarbeitung befindlichen Beiratsortsgesetz hierauf noch auswirken könnten.

Ergänzend zu den Antworten zu Frage 1 (§ 14 Abs. 2 und 3 BeirOG, Anforderungen an öffentliche und nichtöffentliche Befassungen) erklären sie, dass der Beirat vom Prinzip der Öffentlichkeit per begründeten Beschluss in einer Sitzung abweichen könne. Zudem könne eine Sitzung jederzeit (auch zwischenzeitlich) nichtöffentlich gemacht werden, um gegebenenfalls geschützte Informationen beiratsintern beraten zu können.

Aus dem Beirat wird nachgefragt, welche Informationen in Bauakten als personenbezogen betrachtet werden müssten. Hierzu erläutern sie, dass darunter beispielsweise der Bauherr (bei natürlichen Personen) und im Projekt beschäftigte Gutachter zu verstehen seien. Auch die Verknüpfungen über Flurstücke zum Grundbuch könnten personenbezogene Angaben hergestellt werden. Zudem sei der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen zu beachten. Es sei daher nicht möglich, Bauakten ins Internet zu stellen.

Eine öffentliche Behandlung in einer Sitzung könne aus rechtlicher Sicht unter Beachtung der vorgenannten Bedingungen erfolgen, allerdings sei die von der Baubehörde vorgegebene Richtlinie für den Beirat bindend. Die Vertreterinnen des LfDI weisen abschließend darauf hin, dass Bürger die (erfolgsversprechende) Möglichkeit hätten, beim Bauressort Anträge auf Herausgabe von Unterlagen zu stellen.

Auf die Frage eines Bürgers, wie verhindert werden könne, dass die den Beiratsmitgliedern zugänglichen datenschutzrechtlich geschützten Unterlagen an die Öffentlichkeit gegeben werden, wird darauf hingewiesen, dass diese zur Verschwiegenheit verpflichtet seien.

Zu Frage 3 (§ 14 (5), Bild- und Tonaufnahmen) erklären sie, dass hiermit Möglichkeiten für die Berichterstattung durch die Presse geschaffen werde, zudem könne der Beirat eigene Aufzeichnungen (zu Protokollzwecken) veranlassen. Aufzeichnungen müssten aber vor Beginn einer Sitzung angekündigt werden. Der Beirat könne zudem in jeder Sitzung ohne Begründung beschließen, eine Aufzeichnung nicht zuzulassen.

Zu Frage 5a (Hinterlegung von Bauakten auf einer passwortgeschützten Plattform für Beiratsmitglieder) erläutern sie, dass dies unter Einhaltung der Standards des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik möglich sei. Dies sei auch eine Option, sofern keine Möglichkeiten für eine end-to-end Verschlüsselung vorhanden seien.

### **TOP 3 – Fahrradmodellquartier: Sachstandsbericht zu baulichen Maßnahmen in der Lahn- und Delmestraße**

Der Vertreter von HBI berichtet, dass anhand zweier Akteurstreffen im Februar mit Begehung der Örtlichkeiten neuralgische Punkte im Fahrradverkehr der Lahnstraße/ des Delmequartiers identifiziert wurden. Auf den Ergebnissen basierend seien mehrere Teilprojekte für das Fahrradmodellquartier entstanden (siehe Anlag 1). Die finanzielle Umsetzung der größeren Maßnahmen solle mit Hilfe des FMQ, einige kleinere Maßnahmen hingegen aus Mitteln des ASV und aus Beiratsmitteln geschehen. Die Aufstellung von Fahrradbügeln werde in signifikanter Zahl und ausschließlich aus Mitteln des FMQ geschehen.

Auf Nachfrage wird erläutert, dass die Fahrradstraße nach den zeitnah zu realisierenden baulichen Planungen umgesetzt werde. Mit Schaffung der Fahrradstraße würden auch die bei der Begehung beanstandeten Fahrbahnmarkierungen bearbeitet werden.

Aus dem Beirat wird darum gebeten, die Litfaßsäule an der Kreuzung Delmestraße/ Lahnstraße wegzunehmen oder zu versetzen. Zudem solle die Ampelschaltung an der Kreuzung Lahnstraße/ Friedrich-Ebert-Straße verändert werden. Hier bestehe eine Gefahr durch nicht für Autofahrer einsehbare Grünphasen für Radfahrer, welche länger dauern als die (einsehbaren) Grünphasen für Fußgänger. Es wird zugesagt, diese Anliegen an die zuständige Stelle des ASV weiterzugeben.

Ein Bürger bittet darum, im Rahmen der Umgestaltungen Maßnahmen zum Schutz der Bäume in der Delmestraße vorzunehmen, die dort durch (stadteinwärts auf der rechten Seite) parkende Autos in Mitleidenschaft gezogen würden.

Der Beiratssprecher weist diesbezüglich darauf hin, dass der Beirat im Zuge der Begehung den Wunsch geäußert habe, im gesamten Verlauf der Delmestraße einheitlich alternierendes Parken zu realisieren.

Der Vertreter von HBI weist darauf hin, dass zum Thema Baumschutz noch Gespräche stattfinden (werden).

Die Vertreterin des ASV berichtet anschließend zur Umsetzung der FMQ-Maßnahme in der Schulstraße, dass dort entgegen der letzten Planungen die Pflasterung auf der östlichen Seite (im Parkbereich) erhalten bleibe.

In der Häschenstraße würden nun zwei Bäume gepflanzt, es werde aber noch Geld für die Herstellung der Baumbeete benötigt. Der Beirat wird gebeten, eine Verwendung von Mitteln des Stadtteilbudgets zu prüfen.

### **TOP 4 – Trägerbeteiligung zu den öffentlichen Grünflächen „Gartenstadt Werdersee“ – TÖB-Stellungnahme**

Die Referent\_innen stellen (siehe Anlage 2) die Planungen für die Grünflächen vor.

Einleitend wird berichtet, der Abschluss der Kampfmittelräumung habe sich wegen weiterer Funde verzögert. Aktuell sei die Hälfte der Fläche abgesucht. Die Sanierung der Altlastenfläche sei mittlerweile vorbereitet, dabei werde ein Verfahren genutzt, welches nicht den Austausch des gesamten Erdaushubs voraussetze.

Bei der Gestaltung der öffentlichen Grünflächen werde auf ausreichende Staudenpflanzungen in die Retentionsflächen geachtet, der Entwässerungsabfluss sei sichergestellt. Die Bepflanzung soll überwiegend mit einheimischen Gewächsen geschehen, eine Ausnahme stelle die Altlastenfläche dar, über der flachwurzeln Bepflanzung (Birken) eingesetzt werden müsse. Auch den zukünftigen Bewohnern werde die Nutzung von Fremdgehölzen (Kirschlorbeer o.ä.) untersagt, es würde die Nutzung einheimischer Arten vorgeschrieben. Auf Nachfrage wird mitgeteilt, dass der Spielplatz für das 16 ha große Gelände 1100 m<sup>2</sup> umfassen solle.

Vertreter der Linken und Piraten kritisieren, dass der Boden der ihrer Ansicht nach hochbelasteten Altlastenfläche auf eine größere Fläche verteilt werden soll.

Der stellvertretende Beiratssprecher erinnert daran, dass der Beirat sich bereits gegen die aus seiner Sicht zu dichte Bebauung ausgesprochen habe. Zudem halte er die Beteiligung des Beirats für unzureichend.

Bezüglich der vorgelegten Grünplanung spricht er sich gegen die vorgeschlagene Radwegeverbindung durch den Friedhof aus. Die Spielfläche halte er für zu klein, zudem sehe er die Bedürfnisse von Jugendlichen nicht ausreichend berücksichtigt.

Der Vertreter der Linken stellt einen Änderungsantrag (siehe Anlage 3) zum vorliegenden Beschlussvorschlag der Beiratssprecher. Die Vorsitzende lässt über diesen Änderungsantrag abstimmen:

Der Änderungsantrag wird abgelehnt. (4 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen)

Der Beirat fasst daraufhin folgenden

**Beschluss:**

**Der Beirat Neustadt lehnt die vorliegende Planung für die öffentlichen Grünflächen in der Gartenstadt Werdersee, wie sie im dazu vorgelegten Erläuterungsbericht dargestellt werden, grundsätzlich ab.**

**Begründung:**

**Der Beirat Neustadt hat sich wiederholt gegen die vorliegende Planung für die Bebauung im Gebiet der sog. „Gartenstadt Werdersee“ ausgesprochen. Räumliches Ausmaß und Dichte der vorgesehenen Bebauung entsprechen nicht den Vorstellungen, die der Beirat mit der Entwicklung eines Wohngebietes unter dem Qualitätssiegel einer „Gartenstadt“ verbindet; diese überschreiten im Übrigen auch das Maß dessen, was ursprünglich seitens des Senators für Bau, Umwelt und Verkehr an Bebauung für die „Gartenstadt Werdersee“ vorgesehen war.**

**Als Konsequenz aus der stärker verdichteten Bebauung fallen auch das räumliche Ausmaß und die Gestaltung der öffentlichen Grünflächen hinter das zurück, was aus Sicht des Beirats für ein Wohnquartier als „Gartenstadt“ zu erwarten wäre und was er sich konkret für das betreffende Gebiet vorgestellt hat. Er lehnt deshalb die vorliegende Planung für die öffentlichen Grünflächen grundsätzlich ab. Zu den diversen Details des Begrünungs- und Gestaltungskonzeptes für die öffentlichen Grundstücksflächen laut Grünordnungsplan nimmt der Beirat insofern nicht speziell Stellung.**

**Im Hinblick auf die im Erläuterungsbericht zur Grünplanung angesprochene Vorstellung, das geplante Wegesystem im Plangebiet mit dem bestehenden Wegesystem auf dem Friedhof Huckelriede“ zu verknüpfen, fordert der Beirat Neustadt, diese Vorstellung allenfalls in zurückhaltender Form zu realisieren. Als Ort der Trauer, Besinnung und Ruhe soll der Friedhof von den zukünftigen Freizeitnutzungen auf den angrenzenden Grünflächen des Plangebiets so weit als möglich unberührt bleiben. Etwaige Wegeverbindungen sollten auf ein, höchstens zwei Verbindungen begrenzt und ausschließlich für Fußgänger vorgesehen werden. Eine etwaige Radwegeverbindung aus dem Plangebiet in den Bereich des Friedhofs lehnt der Beirat Neustadt ab.**

(7 Ja-Stimmen, 6 Enthaltungen)

**TOP 5 – Stellungnahme zu „Irgendwo“- Kulturprojekt an der Amelie-Beese-Straße**

Der Vertreter des Bauressorts erläutert eingangs, dass die Veranstalter\_innen noch Nachbesserungen an dem von ihnen vorgelegten Lärmschutzkonzept einzureichen hätten. Veränderungen seien bezüglich der Dauer der Veranstaltungen zum Schutz der Nachtruhe und der Häufigkeit der Veranstaltungen (keine Veranstaltungen an drei aufeinanderfolgenden Wochenenden) gefordert worden, zudem müsse der technische Lärmschutz verbessert werden. Bei Nichteinhaltung der Vorgaben könne die Genehmigung entzogen werden.

Vertreter\_innen des Kulturbeutel e.V. stellen daraufhin die von ihnen für dieses Jahr geplanten Veranstaltungen vor und kündigen verbesserte Lärmschutzmaßnahmen an.

Der Vertreter des Polizeireviere Neustadt berichtet, die Polizei habe bei der Durchführung der Veranstaltung im vergangenen Jahr massive Probleme festgestellt, es habe häufige Einsätze auf dem Festivalgelände und viele Anwohnerbeschwerden gegeben. Unter dem Lärm hätten vor allem die Bewohner\_innen der Bochumer und der Iserlohner Straße, sowie der nahegelegenen Flüchtlingsunterkunft gelitten. Die Polizei sei auch von Vertreter\_innen der Hotels am Flughafen kontaktiert worden, die Probleme für ihre Gäste durch die nächtlichen Veranstaltungen sähen. Die von der Polizei begleiteten Gespräche zwischen Veranstalter\_innen und Anwohner\_innen seien hochemotional und ohne Einigung verlaufen. Seiner Ansicht nach sollte das Projekt in dieser Form nicht noch einmal durchgeführt werden, in der Nähe von Wohnbebauung sei dies nicht hinnehmbar.

Eine Vertreterin der Anwohner\_innen weist darauf hin, dass es neben den Auseinandersetzungen zum Lärmschutz noch weitere Kritikpunkte gebe. So hätten die Veranstalter\_innen im Dialog mit den Anwohner\_innen keine konkreten Zahlen zu Dauer und Umfang der Veranstaltungen genannt und Verbesserungen lediglich

ohne Nennung nachprüfbarer Details angekündigt. Es sei immer noch unklar, wann die Veranstaltungen enden. Im vergangenen Jahr sei die Musik oft bis 10 Uhr morgens gelaufen. Zudem sei im vergangenen Jahr Abwasser ungeklärt abgeleitet, Stromkabel unfachmännisch durch feuchten Untergrund verlegt und Müll und Plastik auf dem Gelände verbrannt worden. Anwohner\_innen hätten Anzeigen wegen Lärmbelästigung und Körperverletzung gestellt.

Der stellvertretende Beiratssprecher hebt die Bedeutung des Kulturprojekts hervor, betont aber auch die erhebliche Belastung für die Anwohner\_innen.

Eine Vertreterin der Linken wirbt für das Projekt, welches sie mit Änderungen für umsetzbar halte.

Ein Vertreter der Grünen sieht bei den Veranstalter\_innen den Willen, das Projekt an die geforderten Auflagen anzupassen.

Der Vertreter der FDP berichtet, er habe als Betreiber eines Hostels in der Neustadt im vergangenen Jahr aufgrund der Lärmbelastung Gäste und dementsprechend Einkünfte verloren.

Ein Vertreter der SPD sieht keine realistischen Kontrollmöglichkeiten nach Start des Projekts, daher sei Vertrauen die notwendige Grundlage für die Durchführung. Vor diesem Hintergrund sei es aber bemerkenswert, dass selbst die Polizei sich gegen die Veranstaltung ausspreche.

Eine weitere Vertreterin der SPD weist darauf hin, dass das gleiche Projekt 2016 bereits in Woltmershausen trotz Absprachen und Lärmgutachten gescheitert sei. Im vorgelegten Gutachten würden zudem die Richtlinien wohlwollend ausgelegt werden, um eine Realisierung überhaupt zu ermöglichen. Sie verlange daher bei der Veranstaltung regelmäßige Kontrollen alle drei Wochen mit der Konsequenz, bei Verstößen die Genehmigung zu entziehen.

Der Beiratssprecher sieht Probleme vor allem durch die lange Dauer des Projekts und wünscht Auskunft zu möglichen Alternativstandorten. Der Vertreter des Bauressorts erwidert, dass es keine Alternativen zum bestehenden Standort gebe. Er empfehle dem Beirat, im Falle einer Zustimmung Auflagen zu formulieren.

Die SPD zieht ihre Beschlussvorlage auf Ablehnung des Antrags (siehe Anlage 4) zurück.

Der Beirat fasst daraufhin mit 7 Ja-Stimmen bei 6 Enthaltungen folgenden

**Beschluss:**

**Der Beirat Neustadt stimmt der Bauvorlage für das Sommerprojekt „Irgendwo“ für 2018 auf der Fläche zwischen Amelie-Beese- und Georg-Wulf-Straße mit folgenden Auflagen zu:**

- 1. Es ist seitens der Veranstaltenden eine Telefonnummer bereitzustellen und zu veröffentlichen, unter der sie insbesondere zu den Veranstaltungszeiten durchgehend erreichbar sind.**
- 2. Die Einhaltung der in der Genehmigung festgelegten Immissionshöchstwerte wird kontinuierlich durch Lärmmessungen überprüft.**
- 3. Bei Verstoß gegen die Auflagen ist die Genehmigung zu widerrufen.**

*Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte werden aufgrund der fortgeschrittenen Zeit vertagt (einstimmig).*

**TOP 6 – Aktuelle Stadtteilangelegenheiten**

**TOP 7 – Beschlussfassungen zum Stadtteilbudget (aus FA Bau am 11.04.2018)**

**TOP 8 – Änderung der Geschäftsordnung (Antrag zu § 4 (4) GO)**

**TOP 9 – Genehmigung der Protokolle vom 15.02., 27.02. und 15.03.2018 (Nrn. 32 – 34/15-19)**

**TOP 10 – Verschiedenes**

---

Ingo Mose  
Beiratssprecher

Annemarie Czichon  
Sitzungsleitung

Simon Ott-Oghide  
Protokollführung